

Nachhaltige Arbeit. Für Alle!

Eine Bestandsaufnahme aus geschlechterpolitischer Sicht

Beate Littig

Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Nachhaltige Arbeit? Gesellschaftliche Naturverhältnisse, subjektivierte Arbeit und sozial-ökologischer Transformationsdiskurs«

Der Ausgangspunkt: Die gegenwärtige Vielfachkrise und politische Reaktionen

Europa sieht sich sowohl mit einer sozio-ökonomischen als auch einer ökologischen Krise konfrontiert. Die kapitalistischen Wirtschaftssysteme vieler Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) verzeichneten in den letzten Jahrzehnten nur geringe oder gar stagnierende Wachstumsraten, was in vielen Ländern zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt hat (Lessenich, Dörre 2014). Die Wirtschaftskrise in vielen EU-Staaten steht in direktem Zusammenhang mit der sozialen Krise sowie der ungerechten Verteilung des Wohlstandes und der Chancen auf soziale Integration und wird durch die aktuelle Sparpolitik der EU weiter verschärft. Die neoliberale Politik hat die soziale Ungleichheit in und zwischen den europäischen Ländern weiter verstärkt (Piketty 2014). Die weltweite Armut nimmt zu, und der Reichtum ist nicht mehr nur im Globalen Süden ungleich verteilt, sondern immer häufiger auch im Globalen Norden (Human Development Index 2011: UNDP 2011b; Milanovic 2016). Nach wie vor sind vor allem Frauen (und Kinder) besonders häufig von Armut betroffen (UNDP 2011a).

Die primäre strategische Antwort auf dieses Problem seitens des politischen Mainstreams ist die Forcierung von Wirtschaftswachstum, neuerdings des sogenannten nachhaltigen Wachstums, vorangetrieben durch technische Innovationen: Dementsprechend versteht sich „Europa 2020“ als eine „neue Strategie für Beschäftigung und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ (Europäische Kommission 2010). Im Zentrum der Strategie stehen die effiziente Nutzung von Ressourcen, die Förderung der Beschäftigung sowie die Verringerung von Armut. Die europäische Wachstumsstrategie bezieht sich dabei auf die Initiative zur Schaffung einer *Green Economy*, die nach Beginn der Finanzkrise im Jahr 2008 im Rahmen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) ins Leben gerufen¹ und kürzlich durch die von den Vereinten Nationen verkündeten Ziele für nachhaltige Entwicklung (UN 2015) bekräftigt wurde.

¹ <http://web.unep.org/greeneconomy/> (letzter Aufruf 28. November 2016).

Seitdem stehen die Schlagworte *Green Economy* und *Green Jobs* im Zentrum der Diskussion über eine nachhaltige Entwicklung, wie sie von wichtigen supra- und internationalen politischen Akteuren/-innen wie den Organisationen der Vereinten Nationen, der OECD und der EU vorangetrieben wird. Das Ziel dieser politischen Akteure/-innen ist es, den uneinheitlich verwendeten, unscharfen Begriff der nachhaltigen Entwicklung zu präzisieren. Grünes Wachstum durch verstärkte Investitionen in ökoeffiziente Technologien und die Ökonomisierung von Ökosystemleistungen – also das weltweite Begründen des Kapitalismus – werden als mögliche Auswege aus der globalen Krise angepriesen. Zu den Versprechen der *Green Economy* zählen die Zusammenführung von Ökonomie und Ökologie, die Schaffung nachhaltiger, grüner Arbeitsplätze sowie die Verringerung sozialer Ungleichheiten in der ganzen Welt.

Auch wenn noch nicht absehbar ist, ob die *Green Economy* Realität wird, wurden bereits zahlreiche kritische Einwände gegen sie vorgebracht.

So ist es fraglich, ob die Strategie zur Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch umsetzbar ist, denn in den letzten Jahren war das Wachstum der Wirtschaft stets direkt mit steigendem Ressourcen- und Energieverbrauch verknüpft. Durch die überwiegende Nutzung fossiler Brennstoffe wurde außerdem der Klimawandel beschleunigt, und die globale Wirtschaftskrise inklusive der Umweltfolgen konnte durch technische Lösungen bislang nicht abgewendet werden (Fischer-Kowalski, Haberl 2007). Zudem müssen die sogenannten Rebound Effekte berücksichtigt werden, die dazu führen, dass relative Einsparungen durch einen höheren Verbrauch teilweise wieder aufgehoben werden (Santarius 2014). Da die Umstellung auf klimafreundliche Technologien nur mit staatlicher Förderung umgesetzt werden kann, sind die Erfolgsaussichten angesichts der derzeitigen restriktiven Finanzpolitik gering.

All dies führt dazu, dass das Konzept der *Green Economy* wie ein Oxymoron, ein Widerspruch in sich selbst, klingt (Brand 2012): Wenn das wirtschaftliche Wachstum, der Heilige Gral vieler Volkswirtschaften, nicht hinterfragt wird, werden der *Green New Deal* und das Konzept der *Green Economy* unweigerlich in den Sog des Wachstumsdilemmas geraten (Altvater 2011).

Vieles spricht dafür, dass die *Green Economy* die sozialen und ökologischen Widersprüche des Kapitalismus nicht zu beseitigen vermag, sondern bestenfalls dazu führt, dass diese in einem zeitlich und geografisch begrenzten Rahmen adressiert werden können. Die *Green Economy* könnte folglich ein auf den Globalen Norden und auf aufstrebende Regionen des Globalen Südens beschränktes „exklusives Modernisierungsprojekt“ bleiben (Wissen 2012: 34).

Die fortschreitende weltweite Etablierung des kapitalistischen Wachstumsparadigmas geht mit dem Aufstieg einer neuen, konsumfreudigen Mittelschicht und imperialen Lebensweise einher (Brand, Wissen 2011). Doch der damit verbundene hohe Umweltverbrauch ist nicht generalisierbar. Ob die Mitglieder der transnationalen Verbraucherklasse bereit sein werden, ihren gehobenen Lebensstil zugunsten nachhaltiger Alternativen aufzugeben, ist fraglich, zumal ihre umweltbelastenden sozialen Praktiken fest in ihrer Lebensführung verankert sind (Jonas, Littig 2015; Littig 2016).

Doch nicht nur in Bezug auf den Verbrauch natürlicher Ressourcen nimmt die soziale Ungleichheit weiter zu. Um Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energie Platz zu machen, die im Rahmen der *Green Economy* gefördert werden, werden Grundstücke billig von Investoren aufgekauft oder gar zwangsenteignet (Heinrich-Böll-Stiftung 2012). Der Bau etwa von Megastaudämmen und der monokulturelle Anbau erneuerbarer Rohstoffe sind darüber hinaus auch aus ökologischer Sicht höchst problematisch. Als Konsequenz der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung kann davon ausgegangen werden, dass Frauen im Globalen Süden in besonderem Maße von der Ausbreitung der Agrarindustrie und von der Abschaffung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft betroffen sind (Appel 2010).

Die sozioökonomische Krise des Kapitalismus steht in direktem Zusammenhang mit der ökologischen Krise bzw. mit der Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (Barth, Jochum, Littig 2016). Das bedeutet, dass die klassische Formel „Wirtschaftswachstum schafft Arbeit, schafft Wohlstand“ zum einen aus wirtschaftlichen Gründen (säkulare Stagnation) und zum anderen aufgrund ökologischer Grenzen (Jackson 2009) nicht mehr funktioniert. Grünes Wachstum als globales Modell ist nicht in der Lage, diese Probleme zu lösen. Grünes Wachstum kann aber unter bestimmten Bedingungen notwendig sein, um Wohlstand und eine nachhaltige, sozialverträgliche Entwicklung in den ärmeren Ländern der Welt zu ermöglichen. Die vorgebrachte Kritik richtet sich nicht grundsätzlich gegen eine grüne Ökonomie. Selbstverständlich bedarf es einer umfassenden Begründung der Wirtschaft im globalen Maßstab, das heißt eine sozial und ökologisch nachhaltige Produktionsweise für die Erzeugung umweltfreundlicher Produkte und Dienstleistungen. Eine *Green Economy* muss jedoch Teil einer grundlegenden sozial-ökologischen Transformation sein, die weit über technische Innovationen hinausgeht (WBGU 2011; Jonas 2017; Littig 2017). Die nachhaltige Umstrukturierung moderner Arbeitsgesellschaften steht im Zentrum dieser Transformation.

Nachhaltige Entwicklung und Geschlechterpolitik sind untrennbar miteinander verbunden

In den oben genannten internationalen Dokumenten zu nachhaltiger Entwicklung und zur *Green Economy* finden sich zahlreiche Verweise auf Gleichstellungsaspekte. Auch in den jüngst von den Vereinten Nationen veröffentlichten *Sustainable Development Goals* (SDG) (UN 2015) ist die Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit und der Emanzipation von Frauen und Mädchen verankert. Dabei werden jedoch lediglich die bereits weithin bekannten Ziele (zum Beispiel die angemessene Vertretung von Frauen in Entscheidungsgremien und -positionen, gleichberechtigter Zugang zu Bildung und Gesundheitsfürsorge, gleiches Entgelt usw.) genannt, ohne konkrete Maßnahmen und Ziele festzulegen.

Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) birgt die *Green Economy* das Potenzial, die Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen – auch für Frauen – erheblich zu fördern (ILO 2015). Allerdings gibt es nur wenige offizielle geschlechtsspezifische Daten zu nachhaltiger Arbeit. Dennoch lassen sich anhand einzelner Beispiele Veränderungen in Bezug auf den Zugang von Frauen zum grünen Arbeitsmarkt erkennen. Diese sind in erster Linie auf personenbezogene Initiativen wie Mikrokredite für Frauen zurückzuführen, die zum Beispiel im Tourismus oder der Energieerzeugung eine wichtige Rolle spielen. Doch auch wenn diese Initiativen zur Ermächtigung (*empowerment*) von Frauen beitragen können, besteht die Gefahr der Verschuldung und der Verarmung ganzer Familien (Littig 2016).

Eine systematische Analyse der geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Initiative für grüne Jobs im Globalen Norden wurde bis dato nicht durchgeführt. Aus einer Geschlechterperspektive ist aber darauf hinzuweisen, dass gute grüne Jobs, für die vor allem ein technischer oder wissenschaftlicher (Aus-)Bildungshintergrund erforderlich ist, Mangelware sind und vor allem von Männern besetzt werden (Leitner et al. 2012). Frauen hingegen finden in erster Linie in als „grün“ bezeichneten Wirtschaftszweigen mit schlechten Arbeitsbedingungen, in denen oftmals nur eine niedrige Qualifikation erforderlich ist, einen Job. Um gute grüne Jobs für hochqualifizierte Frauen attraktiv zu machen, müssen eine Reihe von zusätzlichen Maßnahmen ergriffen werden, unter anderem eine entsprechende Lohnpolitik, Karrieremöglichkeiten und Vereinbarkeitsmaßnahmen gefördert werden. Dazu kommt die Förderung technischer Berufsausbildungen für junge Frauen und Mädchen.

Seit der Rio-Konferenz 1992 stehen Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, Geschlechtergleichstellung und Umweltgerechtigkeit im Zentrum der Debatte über eine nachhaltige Entwicklung (Agenda 21, Kapitel 24, UN 1992). In den jüngeren Stellungnahmen haben sich internationale Frauenbewegungen gegen den Begriff *Green Economy* ausgesprochen. Stattdessen plädieren sie dafür, ihn durch die Bezeichnung „*sustainable and equitable economy*“ zu ersetzen, um einen direkten Bezug zu den in Rio getroffenen Entscheidungen herzustellen und diese zu bekräftigen (Women's Major Group 2014). Auch in einem von mehreren deutschen Frauenrechtsorganisationen veröffentlichten Diskussionspapier wird eine erweiterte Definition des Konzepts der *Green Economy* vorgestellt:

„Unser Verständnis einer Green Economy bedeutet, eine sozial und ökologisch gerechte Gesellschaft und eine entsprechende Wirtschaftsweise in den Mittelpunkt zu stellen, die ein ‚gutes Leben für alle‘ ermöglicht. [...] So gilt es, die vielfältigen produktiven, überwiegend von Frauen erbrachten Care-Leistungen ebenso wie die Produktivität der ökologischen Natur als Grundlage jeglichen Wirtschaftens anzuerkennen.“ (Genanet 2011: 1)

Feministische Forderungen nach einer Erweiterung des Arbeitskonzepts sind auch Thema verschiedener aktueller Beiträge zum Nachhaltigkeitsdiskurs.

Erweiterte Arbeitskonzepte, Neubewertung und Neuverteilung von Arbeit

Ein Thema, das sich wie ein roter Faden durch die Diskussionen zu nachhaltiger Entwicklung der letzten 15 Jahre zieht, ist die Frage nach den Konsequenzen und Voraussetzungen einer nachhaltigen Transformation der aktuellen Arbeitsgesellschaft. Die überwiegend akademisch geführte Debatte findet inzwischen auch bei internationalen sozial-ökologischen Bewegungen Anklang. Während die Vision einer sozial-ökologischen Tätigkeitsgesellschaft, in der nicht nur Erwerbsarbeit zählt, allen Ansätzen gemein ist, unterscheiden sich die jeweiligen Argumente und Ausführungen deutlich. Nachfolgend werden drei zentrale Konzepte und Ansätze vorgestellt.

(a) Erweiterte Arbeitskonzepte: das deutsche Forschungsprojekt „Arbeit und Ökologie“ als Referenz

Im Rahmen des Projekts „Arbeit und Ökologie“ wurde im Auftrag der deutschen gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung erstmals eine systematische Analyse der Neudefinition von Arbeit im Kontext der nachhaltigen Entwicklung durchgeführt (HBS 2000). Dabei wurde das Konzept der Mischarbeit entwickelt, das mittlerweile als Referenz für die Definition eines alternativen, nachhaltigen Arbeitskonzepts gilt. Der Begriff Mischarbeit bezieht sich auf die Kombination von und die Interaktion zwischen verschiedenen Tätigkeiten und erweitert das Konzept der Arbeit damit über die Erwerbsarbeit hinaus. Mischarbeit umfasst neben der Erwerbsarbeit auch die private Erziehungs- und Sorgearbeit (*care*), die Eigenarbeit und ein bürgerschaftliches Engagement.² Das Konzept der Mischarbeit kombiniert arbeitssoziologische Erkenntnisse über den strukturellen Wandel (post-)fordistischer Arbeitsverhältnisse (Subjektivierung und Entgrenzung von Arbeit, die Erosion des Modells des männlichen Familienernäh-

² Das Modell der Vier-in-einem-Perspektive von Frigga Haug basiert auf einer ähnlichen Idee, jedoch ohne starken Bezug zu ökologischen Fragestellungen (Haug 2008).

thers) mit normativen Grundsätzen (sozialer) Nachhaltigkeit und macht einen auf zwei Säulen basierenden arbeitspolitischen Paradigmenwechsel geltend. Die Umsetzung von sozialer Nachhaltigkeit und Mischarbeit als Leitprinzipien zukunftsfähiger Arbeitsgesellschaften erfordert als spezifische politische Maßnahmen unter anderem eine sozial-ökologische Steuerreform und eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung, um eine Neuverteilung der Arbeit erreichen zu können. Die Ergebnisse des Projekts sind mittlerweile zu einem wichtigen Bezugspunkt in der Debatte über nachhaltige Entwicklung und Arbeit geworden (Brandl 2016) und wurden in der jüngeren Debatte über die Postwachstumsgesellschaft um Argumente angereichert, die die Nachhaltigkeit kapitalistischen Wirtschaftswachstums infrage stellen.

(b) Wachstumskritische Ansätze

Die vorherrschende ökonomische und politische Orientierung an konstantem ökonomischen Wachstum, Vollbeschäftigung und daraus resultierendem allgemeinen Wohlstand wird von einer Reihe prominenter Nachhaltigkeitsforscher/-innen grundlegend infrage gestellt (Jackson 2009; Schor 2010; Altvater 2011; Lessenich, Dörre 2014). Begründet wird die wachstums- und kapitalismuskritische Haltung in erster Linie mit der fehlenden Entkopplung von Wirtschaftswachstum, Ressourcen- und Energieverbrauch. Hinzu kommt, dass die überwiegende Nutzung fossiler Brennstoffe zu einer Beschleunigung des Klimawandels führt, und dass die weltweite Wirtschaftskrise durch technische Lösungen allein nicht in den Griff zu bekommen ist. Stattdessen wird je nach Standpunkt eine Entschleunigung des Wirtschaftswachstums bis hin zu einem wirtschaftlichen *degrowth* gefordert, eine allgemeine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit und die Umverteilung von Arbeit, einer Erweiterung des Arbeitskonzepts sowie einer Neuorientierung hin zu nachhaltigen, suffizienten Konsumformen.

Geschlechterpolitische Überlegungen spielen bei diesen Ansätzen zwar keine erkennbare Rolle, viele der Forderungen stimmen jedoch mit Erkenntnissen aus Frauen- und Geschlechterstudien überein (zum Beispiel das erweiterte Konzept der Arbeit).

Die problematischen ökologischen und sozialen Folgen des kapitalistischen Wachstumsparadigmas haben zahlreiche soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Initiativen auf den Plan gerufen, deren Ziel es ist, alternative Lebens- und Arbeitsweisen als Lösungen für die sozioökonomischen Probleme zu finden (Petridis et al. 2015). Dazu zählen verschiedene Arten genossenschaftlicher Aktivitäten und alternative Formen des Zusammenlebens (Solidarwirtschaft, Transition-Town-Bewegung, Ökodörfer usw.). Derartigen sozial innovativen Experimenten wird eine wichtige Vorreiterrolle für eine sozial-ökologische Transformation zugesprochen (WBGU 2011).

Aus einer Geschlechterperspektive gilt es zu fragen, inwiefern diese Projekte auch zur Gleichstellung von Männern und Frauen beitragen. Eine der Schlüsselfragen diesbezüglich ist, wie die traditionellen Geschlechterrollen und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung durch diese Initiativen und alternativen Formen des Zusammenlebens verändert oder reproduziert werden. Exemplarische Ergebnisse von Projekten zu urbanen intentionalen Gemeinschaften lassen darauf schließen, dass sich vor allem Frauen und nicht ihre männlichen Partner bei der Erbringung von Care-Arbeit gegenseitig unterstützen (Littig 2016, 2017).

(c) Care als normative Leitlinie für Wirtschaftstätigkeit

In Bezug auf die Diskussion zu wachstumskritischen Ansätzen sind auch feministische Positionen relevant, vor allem die Forderung nach einer erweiterten Arbeitsdefinition, der Neubewertung der Sorgearbeit, der Arbeitszeitverkürzung und der Umverteilung der Arbeit (Biesecker et al. 2000). Dies stellt aus einer ökofeministischen Perspektive jedoch nur den ersten Schritt hin zu einer geschlechterge-

rechten sozial-ökologischen Transformation dar. Herausforderungen in Bezug auf die Externalisierung der Kosten und Bedingungen kapitalistischen Wirtschaftens können nicht länger auf Kosten der Umwelt und Frauen bewältigt werden. Deshalb ist eine grundlegende Umorientierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik hin zu den Prinzipien von *care*, des Sorgens für und Sorgens um Menschen und Natur erforderlich (Tronto 2013).

Im Kontext der nachhaltigen Entwicklung bezieht sich der Begriff *care* sowohl auf aktuelle als auch auf künftige Generationen und erfordert eine Neuausrichtung der vom Markt gelenkten Geldwirtschaft. Anstatt abstrakter Werte müssen Wirtschafts- und Arbeitsziele geschaffen werden, die es ermöglichen, den eigenen Lebenszweck zu erfüllen, und den Schwerpunkt auf das gesellschaftliche Miteinander und die Aktivitäten legen, die für die Erbringung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit erforderlich sind. Aus öko-feministischer Sicht ist die aktuelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung Ausdruck der patriarchalischen Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen (Biesecker et al. 2012). Eine sozial-ökologische Transformation hin zu einer nachhaltigen und gerechten Gesellschaft kann daher nicht von der Beseitigung der hierarchischen Geschlechterverhältnissen absehen.

Nachhaltige Arbeit für alle – ein neues Verständnis gesellschaftlicher Naturverhältnisse

Im neuesten Bericht über die menschliche Entwicklung (UNDP 2015) geht es um das Thema Arbeit und menschliche Entwicklung. Darin wird die folgende breite Definition des Arbeitsbegriffs vorgestellt:

„Aus der Perspektive der menschlichen Entwicklung umfasst der Begriff der Arbeit mehr als Arbeitsplätze oder Beschäftigungsverhältnisse, er ist breiter und tiefer angelegt. Arbeitsplätze bringen Einkommen und tragen zur Würde, zur Teilhabe und zur wirtschaftlichen Sicherheit der Menschen bei. Bleibt man jedoch innerhalb dieses engen Rahmens, werden viele Arten von Arbeit nicht erfasst, die wichtige Auswirkungen auf die menschliche Entwicklung haben – wie zum Beispiel Arbeit im Haushalt und im Bereich Betreuung und Pflege, Freiwilligenarbeit und ehrenamtliches Engagement sowie kreative Tätigkeiten, zum Beispiel von Schriftstellern oder Malern“ (UNDP 2015: 3).

Die gegenwärtigen nicht-nachhaltigen Lebens- und Arbeitsweisen könnten das Potenzial der menschlichen Entwicklung ausbremsen, da sie die Möglichkeit, überhaupt arbeiten zu können, einschränken (UNDP: 155). Die Förderung nachhaltiger Arbeit erfordert deshalb die Koordination von Umwelt- und Entwicklungsthemen: Sie muss das Potenzial der menschlichen Entwicklung fördern und gleichzeitig die umweltschädlichen Auswirkungen der Arbeit minimieren, um die Zukunft der Arbeit zu sichern. Im Zentrum dieses Arguments steht die Gewährleistung der Nachhaltigkeit der Arbeit.³

Der Bericht über die menschliche Entwicklung 2015 ist auf das menschliche Entwicklungspotenzial der Arbeit aus Sicht des Einzelnen fokussiert. Diese Perspektive muss jedoch auf die gesellschaftliche Ebene ausgeweitet werden. Jaeggi und Kübler (2014) argumentieren, dass die (individuelle) Arbeit einen Beitrag zur Schaffung gesellschaftlichen Wohlstands leistet. Gleichzeitig bedeutet Arbeit auch eine

³ Die Stärke des Berichts liegt in dem erweiterten Arbeitsbegriffs und in der Anerkennung der verschiedenen Formen von Arbeit, auch aus einer Nord-Süd-Perspektive. Allerdings basiert der Bericht auf der Strategie für grünes Wachstum, die eine Ausweitung des Entwicklungsmodells des Globalen Nordens auf den Rest der Welt vorsieht (Barth, Jochum, Littig 2016).

„Teilnahme am allgemeinen Vermögen“. Teilnahme bezieht sich dabei nicht nur auf die wirtschaftliche Partizipation (durch Einkommen), sondern auch auf die gesellschaftliche Partizipation in Form von Wissen, Fähigkeiten und symbolischen Strukturen der Anerkennung (Jaeggi, Kübler 2015: 525). Die Teilnahme am allgemeinen Vermögen ist durch Kooperation (zur Erfüllung der gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnisse) und Wechselseitigkeit charakterisiert, das heißt das Recht auf den Erhalt einer Gegenleistung. Ausgehend von diesem sozialphilosophischen Verständnis des Begriffs der Arbeit wird deren aktuelle Dysfunktionalität offensichtlich: Sie wirkt sich nachteilig auf die Umwelt aus und minimiert dadurch das Potenzial zur Schaffung gesellschaftlichen Wohlstands, sie verstärkt die soziale Ungleichheit und führt zu einer Zunahme physischer und psychischer Krankheiten (Voss, Weiss 2013). Deshalb bedarf es einer nachhaltigen Reorganisation der Arbeit und der Arbeitsgesellschaft.

Unter Berücksichtigung der bisher vorgestellten Ansätze und Überlegungen muss das Konzept der nachhaltigen Arbeit für alle: (a) sämtliche gesellschaftlich notwendigen Formen der Arbeit umfassen und (b) von den normativen Grundsätzen nachhaltiger Entwicklung geleitet werden.

(a) Einbeziehung aller Formen der Arbeit, die zur Aufrechterhaltung einer Gesellschaft erforderlich sind

Auf gesellschaftlicher Ebene muss nachhaltige Arbeit sämtliche Formen der Arbeit einschließen, die erforderlich sind, um eine funktionierende Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Dazu zählen die folgenden vier Kategorien: Erwerbsarbeit, Sorgearbeit in privaten Haushalten, Freiwilligenarbeit in der Gemeinschaft und Eigenarbeit. Die Teilhabe an all diesen Formen der Arbeit geht einher mit einem Misch-Einkommen, Misch-Qualifikationen und Misch-Herausforderungen (HBS 2000).

Das Konzept der Mischarbeit ist zugleich analytisch und normativ. Der analytische Aspekt bezieht sich auf Erkenntnisse der Arbeits- und Industriesoziologie, die darauf schließen lassen, dass das traditionelle männliche Normalarbeitsmodell durch die Zunahme prekärer Beschäftigung, befristeter Arbeitsverträge und durch Brüche im Karriereverlauf aufgrund von Erwerbslosigkeit aufgeweicht wird (Barth, Jochum, Littig 2016). In den früh industrialisierten Ländern des Globalen Nordens leisten Frauen dagegen schon lange Mischarbeit: Das idealtypische Erwerbs- und Familienleben von Frauen nach dem 2. Weltkrieg bestand aus Phasen der Erwerbsarbeit, die von Phasen der Nichterwerbstätigkeit unterbrochen waren, in denen Frauen Sorgearbeit innerhalb eines privaten Haushalts erbrachten. Die neue Form der Berufstätigkeit und Erwerbskarrieren, wie sie die „Generation Praktikum“ gegenwärtig erfährt, zeichnet sich zunehmend durch Diskontinuitäten und eine Annäherung der typischen Erwerbsverläufe von Männern und Frauen aus. Diese Veränderungen erfordern eine ständige Erneuerung der Qualifikation und bedingen vielfältige Einkommensarten. Mischarbeit ist längst Wirklichkeit geworden, doch es mangelt nach wie vor an sozialstaatlicher Absicherung und nachhaltiger arbeitsrechtlicher Regulierung.

Aus einer normativen Perspektive kann die Mischarbeit zu einem neuen gesellschaftlichen Modell nachhaltiger Arbeit werden, wenn sie mit den normativen Grundsätzen nachhaltiger Entwicklung kombiniert wird.

(b) Bezug auf die normativen Grundsätze nachhaltiger Entwicklung

Nachhaltige Arbeit muss den normativen Grundsätzen nachhaltiger Entwicklung folgen. Dazu zählen insbesondere das Recht auf ein Leben in Würde sowie die intergenerationale und internationale Verteilungs- und Verfahrensgerechtigkeit, wobei sich Letzteres auf demokratische Entscheidungsprozesse bezieht.

Aus feministischer Sicht sind die normativen Grundsätze von *care* – also der Sorge für sich selbst, für andere und für die Natur (Klinger 2014) – im Rahmen des Konzepts der nachhaltigen Arbeit zu berücksichtigen. *Care* beinhaltet den sorgsamsten Umgang mit der (physischen und psychischen) Fähigkeit zu arbeiten. Die fehlende Nachhaltigkeit der aktuellen Arbeitsgesellschaft wirkt sich folglich nicht nur auf den gesellschaftlichen Metabolismus von Natur und Arbeit aus, sondern auch auf die (Re-)Produktion der (individuellen) Arbeitskraft. Nachhaltige Arbeit bezieht sich auf das Objekt und das Subjekt der Arbeit und berücksichtigt sowohl die (Re-)Produktivität der Natur als äußere Natur (Objekt der Arbeit) als auch die der menschlichen Natur wie Gesundheit, Fertigkeiten usw. (Subjekt der Arbeit) (Barth, Jochum, Littig 2016).

Gemäß diesen normativen Grundsätzen und basierend auf Erkenntnissen aus der Geschlechterforschung, der Arbeitssoziologie sowie der Nachhaltigkeitsforschung lassen sich die Hauptmerkmale nachhaltiger Arbeit wie folgt charakterisieren:

- Nachhaltige Arbeit ermöglicht Männern und Frauen die Erbringung von Mischarbeit in ihren unterschiedlichen Formen (Erwerbsarbeit, Gemeinwesenarbeit, Sorge- und Familienarbeit sowie Eigenarbeit).
- Nachhaltige Arbeit ermöglicht Männern und Frauen eine selbstbestimmte, nachhaltige Lebensführung.
- Nachhaltige Arbeit garantiert langfristige (physische und psychische) Gesundheit und fördert einen gesunden Lebensstil.
- Nachhaltige Arbeit basiert auf einer sicheren, angemessenen und fairen Vergütungsstruktur für Männer und Frauen (Einkommen und Transferleistungen).
- Nachhaltige Arbeit strebt nach einer ökologisch und sozial verträglichen Herstellung und Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen.

Die zentralen Voraussetzungen für nachhaltige Arbeit als Leitmotiv einer sozial-ökologischen Transformation der aktuellen Arbeitsgesellschaft sind kürzere, flexible, aber geregelte Arbeitszeiten sowie eine sozial-ökologische Steuerreform. Nur so kann die sozial-ökologische Herstellung von Waren und Dienstleistungen gewährleistet werden.

Nachhaltige Arbeit für Alle! – Ein zukunftsfähiges Leitbild

Der akademische und öffentliche Diskurs über eine sozial-ökologische Transformation gewinnt an Bedeutung und so auch das Konzept der nachhaltigen Arbeit – oder allgemeiner ausgedrückt: die Neustrukturierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (Barth, Jochum, Littig 2016). Argumentative Unterstützung kommt bemerkenswerterweise auch von ungewöhnlichen Akteuren wie Papst Franziskus (Papst Franziskus 2015). Obwohl Geschlechtergerechtigkeit ein wesentliches Element nachhaltiger Entwicklung darstellt, werden Genderfragen in der Debatte über nachhaltige Arbeit zu wenig thematisiert (Littig 2016). In diesem Beitrag wurde daher besonders auf die Zusammenhänge zwischen nachhaltiger Entwicklung, Arbeit und Geschlechtergerechtigkeit hingewiesen. Der hier vorgestellte erweiterte Begriff von Arbeit, die sozial-ökologische Neubewertung sämtlicher Formen der Arbeit, die Neuverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit zwischen Männern und Frauen sowie die normativen Grundsätze nachhaltiger Entwicklung bilden das Zentrum eines neuen gesellschaftlichen Leitmotivs nachhaltiger Arbeit. Die Umsetzung dieses Leitbildes kann durch die Kooperation verschiedener progressiver Akteure/-innen aus politischen Parteien und Verwaltungen, Gewerkschaften, Nicht-regierungsorganisationen und Unternehmen vorangetrieben werden. Letztendlich ist nachhaltige

Arbeit jedoch Teil eines breiteren Konzepts: nämlich ein erfülltes Leben für alle – und dazu zählt auch Zeit für Müßiggang.

Literatur

- Altwater, E. 2011: Mit Green New Deal aus dem Wachstumsdilemma? Widerspruch, 60. Jg., Heft 11, 119–132
- Appel, A. 2010: Die Genderbilanz des Klimadiskurses. Von der Schieflage einer Debatte. Kurswechsel, Heft 2, 52–62.
- Biesecker, A., Mathes, M., Schön, S., Scurrall, B. (Hg.) 2000: Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens. Bielefeld.
- Biesecker, A., Wichterich, C., Winterfeld, U. v. 2012: Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Hintergrundpapier. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Barth, T., Jochum, G., Littig, B. 2016: Nachhaltige Arbeit und gesellschaftliche Naturverhältnisse. Theoretische Perspektiven und Forschungsperspektiven, In dies. (Hg.), Nachhaltige Arbeit. Soziologische Beiträge zur Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Frankfurt: Campus, 312–354.
- Brand, U. 2012: Green Economy – the next oxymoron? No lessons learned from failures of implementing sustainable development. GAIA, 21, 28–32.
- Brand, U., Wissen, M. 2011: Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In A. Demirovic et al. (Hg.), VielfachKrise. Im finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg, 79–94.
- Brandl, S. 2016: Das Verbundprojekt Arbeit und Ökologie (1998–2000). Ein Beispiel inter- und transdisziplinärer Forschungsorganisation. In T. Barth, G. Jochum, B. Littig (Hg.), Nachhaltige Arbeit. Soziologische Beiträge zur Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Frankfurt: Campus, 55–76.
- European Commission 2010: Europe 2020 – A strategy for smart, sustainable and inclusive growth. Brüssel.
- Fischer-Kowalski, M., Haberl, H. (Hg.) 2007: Socio-ecological transitions and global change. Cheltenham.
- Genanet: Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit (2011): Green Economy: Gender_Just! Towards a resource-light and gender-just future, http://www.genanet.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Care_Gender_Green_Economy/G3_discussion_paper_en.pdf (letzter Aufruf 28. November 2016).
- Harcourt, W. (Hg.) 2012: Women reclaiming sustainable livelihoods. Spaces lost, spaces gained. Chippenham/Eastbourne.
- Haug, F. 2008: Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke. Hamburg.
- HBS (Hans-Böckler-Stiftung) (Hg.) 2000: Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie. Düsseldorf.
- Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) 2012: Kritik der grünen Ökonomie. Impulse für eine sozial und ökologisch gerechte Zukunft. B. von Unmüßig, W. Sachs, T. Fatheuer, Band 22 der Schriftenreihe Ökologie. Berlin.
- ILO (Internationale Arbeitsorganisation) 2015: Gender Equality and Green Jobs, http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_emp/---emp_ent/documents/publication/wcms_360572.pdf (letzter Aufruf 28. November 2016).
- Jackson, T. 2009: Prosperity without growth? The transition to a sustainable economy, http://www.sd-commission.org.uk/data/files/publications/prosperity_without_growth_report.pdf (letzter Aufruf 28. November 2016).

- Jaeggi, R., Kübler, L. 2014: Pathologien der Arbeit. Zur Bedeutung eines gesellschaftlichen Kooperationsverhältnisses. WSI-Mitteilungen, Jg. 2014, Heft 7, 521–527.
- Jonas, M., Littig, B. 2015: Sustainable practices. In J. Wright (Hg.), The international encyclopedia of the social and behavioral sciences. Oxford: Elsevier, 834–838.
- Jonas, M. 2017: Transition or transformation of societal practices and orders? In M. Jonas, B. Littig (Hg.), Towards a praxeological political analysis. London: Routledge, 116–133.
- Klinger, C. 2014: Selbst- und Lebenssorge als Gegenstand sozialphilosophischer Reflexionen auf die Moderne. [Soziale Welt, Sonderband](#), Bd. 20, 21–39.
- Leitner, A., Wroblewski, A., Littig, B. 2012: Green Jobs. Arbeitsbedingungen und Beschäftigungspotenziale. Informationen zur Umweltpolitik Nr. 186. Herausgegeben von der Arbeiterkammer Wien
- Lessenich, S., Dörre, K. 2014: Grenzen des Wachstums – Grenzen des Kapitalismus. Schwerpunkttheft der WSI-Mitteilungen, 7/2014.
- Littig, B. 2016: Nachhaltige Zukünfte von Arbeit? Geschlechterpolitische Perspektiven. In T. Barth, G. Jochum, B. Littig (Hg.), Nachhaltige Arbeit. Soziologische Beiträge zur Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Frankfurt: Campus, 75–98.
- Littig, B. 2017: Lebensführung revisited. Zur Aktualisierung eines Konzepts im Kontext sozial-ökologischer Transformationsforschung. Hintergrundpaper der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin (im Erscheinen).
- Milanovic, B. 2016: Global inequality. A new approach for the age of globalization. Harvard: Harvard University Press.
- Papst Franziskus 2015: Laudato si. Über die Sorge für das gemeinsame Haus. Zweite Enzyklika von Papst Franziskus, Vatikan.
- Petridis, P., Muraca, B., Kallis, G. 2015: Degrowth: between a scientific concept and a slogan for a social movement. In J. Martinez-Alier, R. Muradian, R. (Hg.): Handbook of ecological economics. Cheltenham: Edward Elgar, 176–200.
- Piketty, T. 2014: Capital in the twenty-first century. Harvard: Harvard University Press.
- Pongratz, H. J., Voß, G. G. 2003: Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierungen in entgrenzten Arbeitsformen. Berlin: edition sigma.
- Santarius, T. 2014: Der Rebound Effekt: ein blinder Fleck der sozial-ökologischen Gesellschaftstransformation. GAIA, Jg. 23, H. 2, 109–117.
- Schor, J. 2010: Plenitude. The new economics of true wealth. Berkeley.
- Tronto, J. 2013: Caring democracy. Markets, equality and justice. New York.
- UN (United Nations) 1992: Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung, Rio de Janeiro.
- UN (United Nations) 2015: Transforming our world. The 2030 Agenda for Sustainable Development. New York.
- UNDP (United Nations Development Programme) 2011a: Gender inequality index and related indicators, http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2011_EN_Table4.pdf (letzter Aufruf 28. November 2016).
- UNDP (United Nations Development Programme) (2011b): Human Development Index 2011, <http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr2011/> (letzter Aufruf 28. November 2016).
- UNDP (United Nations Development Programme) 2015: Human Development Report 2015. Work for Human Development. New York.
- Voß, G. G., Weiß, C. 2013: Burnout und Depression – Leiterkrankungen des subjektivierten Kapitalismus oder: Woran leidet der Arbeitskraftunternehmer? In S. Neckel, G. Wagner (Hg.), Leistung und Erschöpfung. Burnout in der Wettbewerbsgesellschaft. Berlin, 29–57.

- WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin.
- Wissen, M. 2012: Post-neoliberale Hegemonie? Zur Rolle des Green-Economy Konzepts in der Vielfachkrise. Kurswechsel, Heft 2, 28–36.
- Women's Major Group 2014: The Women Major Group's vision and priorities for the Sustainable Development Goals, https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/3467SD2015%20Position%20Paper_Womens%20MG_v1_March%202014.pdf (letzter Aufruf 28. November 2016).